

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa

Vereinigtes Königreich – öffentliche Medien am Abgrund

Tom Chivers

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Vereinigten Königreich steht vor einer existenziellen Krise. Die rasanten Veränderungen in der Medienlandschaft haben zu tiefgreifenden Änderungen der Mediengesetzgebung, der Regulierung und der Unternehmensstrategien der Rundfunkanstalten geführt. Zugleich haben diese Bemühungen auch Widersprüche in der Auffassung britischer Politiker:innen und öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten bezüglich der Ziele des öffentlich-rechtlichen Rundfunks offenbart. In der sinkenden Attraktivität der öffentlichen Medien im Vereinigten Königreich zeigen sich die Folgen der routinemäßigen politischen Einmischung in die Finanzierung, Regulierung und Steuerung dieser Organisationen. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vereinigten Königreich der vergangenen fünf Jahre und beschreibt, wie wichtige politische

Debatten in den kommenden fünf Jahren über das Überleben – oder das endgültige Scheitern – der öffentlichen Medien im Vereinigten Königreich entscheiden werden.

Kontext und Zweck – die „Ökologie“ der öffentlich-rechtlichen Medien im Vereinigten Königreich

Die moderne Ära der britischen öffentlich-rechtlichen Medien¹ macht sich am Communications Act 2003 und der Schaffung der gesetzlichen Medienaufsichtsbehörde Ofcom fest. Zu den Aufgaben von Ofcom im Bereich Medien und Telekommunikation gehört die Regulierung der fünf benannten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (PSBs) im Vereinigten Königreich – BBC, ITV, Channel 4, Channel 5 und der walisischsprachige Sender S4C² – durch

¹ In diesem Bericht wird der Begriff „öffentlich-rechtliche Medien“ (Public Service Media – PSM) verwendet, um Organisationen, Vorschriften und Grundsätze zu bezeichnen, die darauf abzielen, audiovisuelle Medieninhalte für öffentliche Zwecke in Fernseh-, Radio- und Onlineformaten bereitzustellen. Der Begriff „öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten“ (Public Service Broadcasters – PSBs) wird hingegen verwendet, um die fünf britischen Rundfunkunternehmen zu bezeichnen, die offiziell als Hauptproduzenten von PSM-Inhalten und -Diensten benannt sind.

² S4C = Sianel Pedwar Cyrm (wörtlich: Kanal 4 Wales).

die Festlegung von Quoten und Anforderungen für die Bereitstellung öffentlich-rechtlicher audiovisueller Inhalte, z. B. Nachrichten, Kinderprogramme oder Originalinhalte, die in Regionen des Vereinigten Königreichs außerhalb Londons produziert werden.

Ofcom ist verpflichtet, der britischen Regierung darüber Bericht zu erstatten, inwieweit die PSBs die in der Gesetzgebung festgelegten übergeordneten Ziele des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erfüllt haben. Bis das Mediengesetz 2024, verabschiedet von der vorherigen konservativen Regierung (siehe dazu weiter unten), diese Ziele erheblich reduzierte und einschränkte, beinhaltete der Auftrag der PSBs eine umfassende Liste von Genres und idealen Ergebnissen, die eng mit dem demokratisierenden Ethos des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verbunden waren. Dazu zählten:

- frei empfangbare Dienste und Programme, die den Bedürfnissen und Interessen aller Zuschauer:innen entsprechen;
- Förderung des „bürgerlichen Verständnisses und einer fairen und fundierten Debatte über Nachrichten und aktuelle Ereignisse“;
- Bereitstellung von Bildungsprogrammen und Programmen zu Wissenschaft, Religion, sozialen Themen und Fragen von internationaler Bedeutung;
- Sicherstellung, dass „kulturelle Aktivitäten im Vereinigten Königreich und ihre Vielfalt durch Drama, Comedy, Musik und andere kreative Künste widerspiegelt, unterstützt und gefördert werden“ ...
- ... die Gemeinschaften, Kulturen und Identitäten des Vereinigten Königreichs widerspiegeln;
- Bereitstellung hochwertiger und origineller Programme für Kinder und Jugendliche (vgl. legislation.gov 2003).

Der Communications Act gewährt den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch Vorteile, wie die reservierte Nutzung des Rundfunkfrequenzspektrums oder (für die BBC und S4C) Garantien für öffentliche Finanzierung. Dieser „Zuckerbrot und Peitsche“-Ansatz hilft, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Übernahme nichtkommerzieller Verpflichtungen zu entschädigen, und stellt sicher, dass die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für alle Zuschauer:innen im Vereinigten Königreich weitreichend verfügbar und zugänglich sind. Das britische PSM-Modell wird daher als „gemischte Ökologie“ beschrieben (Ofcom 2018), in der öffentlich finanzierte, öffentlich-rechtliche und kommerzielle sowie öffentlich regulierte Rundfunkanstalten gemeinsam eine große Auswahl an frei empfangbaren Inhalten für öffentliche Zwecke anbieten, die einen Mehrwert für die britische Gesellschaft, Kultur und Demokratie schaffen. Es wird weiter argumentiert, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Vereinigten Königreich eher in einen „Wettbewerb um Qua-

lität“ (Chivers/Allan 2022) als in einen direkten Wettbewerb um Finanzmittel oder Zuschauer:innen eintreten, wodurch die individuellen Aufgabenbereiche der einzelnen Rundfunkanstalten klarer und effektiver werden.

Finanzierung – Tod durch tausend Schnitte

Zwar haben viele Faktoren das empfindliche Gleichgewicht der britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft gestört, doch ist die zusammenbrechende Finanzbasis der größte Faktor für den Rückgang der öffentlich-rechtlichen Rundfunkproduktion im Vereinigten Königreich.

Die Haupteinnahmequelle der BBC in Höhe von 5,9 Milliarden Pfund (6,75 Milliarden Euro, Geschäftsjahr 2024) ist die Fernsehgebühr, die von britischen Haushalten erhoben wird, die Livefernsehen schauen oder den Online-dienst iPlayer der BBC nutzen. Die Fernsehgebühr ist eine eigenständige Haushaltsabgabe, die unabhängig von anderen Haushaltsrechnungen oder -gebühren ist und im Auftrag der BBC von der TV Licensing Authority erhoben wird – die auch Sanktionen bei Nichtzahlung durchsetzt. Die Höhe der Rundfunkgebühr wird von der britischen Regierung festgelegt und beträgt derzeit 174,50 Pfund (199,57 Euro) pro Jahr. Im Jahr 2024 machte die Rundfunkgebühr 65 Prozent (3,8 Milliarden Pfund – 4,35 Milliarden Euro) der Einnahmen der BBC aus. Kommerzielle Einnahmen, beispielsweise aus dem Verkauf der IP-Rechte an BBC-Inhalten, gewinnen jedoch langsam an Bedeutung für das Gesamteinkommen der BBC.

Seit 2010 sind die öffentlichen Einnahmen der BBC real um fast 40 Prozent gesunken, nachdem die Regierung in aufeinanderfolgenden Finanzierungsvereinbarungen die Rundfunkgebühr entweder eingefroren oder unterhalb der Inflationsrate gehalten hatte (Voice of the Listener and Viewer 2024). Infolgedessen hat die BBC ihre Investitionen in Kernbereiche wie Nachrichten und Lokalradio drastisch reduziert – was zu einem Rückgang der einst treuen Zuhörerschaft um 27 Prozent geführt hat (House of Commons Public Accounts Committee 2024) – und schätzungsweise 1.000 Programmstunden aus dem Fernsehprogramm gestrichen.

Hinzu kommt, dass ein kleiner, aber wachsender Teil der britischen Bevölkerung die Zahlung der Fernsehgebühren eingestellt hat, unter anderem aufgrund der Lebenshaltungskosten, der Ablehnung der Rundfunkgebühren und der BBC selbst oder weil die Haushalte einfach kein Livefernsehen mehr schauen oder die Dienste der BBC nicht mehr nutzen (The Guardian 2025). Die Nutzung von Livefernsehen oder BBC-Diensten ohne Zahlung einer Fernsehgebühr kann zu einer Strafverfolgung und sogar – im Falle einer entschiedenen Weigerung zu zahlen – zu einer Freiheitsstrafe führen, obwohl solche Fälle selten sind. Die Kriminalisierung der Nichtzahlung hat dennoch erhebliche Kritik und Widerstand hervorgerufen, nicht zuletzt weil viele der wegen Nichtzahlung verfolgten Personen sich in einer prekären oder schwierigen Lage befinden (The Guardian 2024).

Die kommerziell finanzierten öffentlich-rechtlichen Sender des Vereinigten Königreichs – ITV, Channel 4 und

Channel 5 – sind ebenfalls mit finanziellen Herausforderungen aufgrund des Ausgabenrückgangs für Fernsehwerbung konfrontiert. Obwohl ihre Einnahmen trotz allem weitgehend stabil geblieben sind, ist ihr Beitrag zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vereinigten Königreich eingebrochen, sodass die BBC nun der wichtigste (und in einigen Fällen einzige) Anbieter vieler zentraler öffentlich-rechtlicher Programmgattungen ist. Zwischen 2010 und 2023 sind die Investitionen der britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den Programmbereichen Bildung (–68 Prozent), Kunst (–60 Prozent), Religion und Ethik (–50 Prozent) sowie den Kinderprogrammen (–38 Prozent) eingebrochen.³ Der Rückgang der öffentlich-rechtlichen Medienproduktion gefährdet die grundlegende Rechtfertigung für staatliche Eingriffe in den Medienmarkt – die Bereitstellung von sozial wertvollen und demokratisch notwendigen Medieninhalten, die von kommerziellen Anbietern nicht produziert würden.

Governance und demokratische Kontrolle – öffentlicher Dienst ohne öffentliche Legitimität

Der Zusammenbruch der Finanzierung und Investitionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hängt eng mit dem völligen Fehlen einer echten demokratischen Rechenschaftspflicht für die Führung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten oder der Ofcom im Vereinigten Königreich zusammen.

ITV und Channel 5 sind private Unternehmen mit begrenzten PSM-Verpflichtungen, dennoch setzen sich beide beharrlich dafür ein, diese zu reduzieren und gleichzeitig ihre Vorteile als ausgewiesene PSBs zu behalten (The Guardian 2011). Die Tendenz von Ofcom, die Interessen der Rundfunkanstalten zu unterstützen, anstatt die Interessen der Bürger:innen zu verteidigen, ist eine langjährige Folge seines Gründungszwecks als wettbewerbsfördernde Regulierungsbehörde (vgl. Livingstone et al. 2007).

Die Governance-Regelungen für die öffentlich-rechtlichen Sender Channel 4 und S4C sind keineswegs transparenter oder demokratischer gestaltet. Die nicht-geschäftsführenden Direktor:innen von Channel 4 werden von Ofcom in Abkommen mit der britischen Regierung ernannt, die auch den/die Vorsitzende:n von Ofcom bestimmt. Lord Michael Grade, der derzeitige Vorsitzende von Ofcom, ist ein ehemaliger Fernsehmanager und Mitglied des House of Lords. Er war als nicht gewählter konservativer Abgeordneter tätig, bevor er unter dem konservativen Premierminister Boris Johnson zu Ofcom berufen wurde. Der Vorsitzende von S4C und die nicht-geschäftsführenden Vorstandsmitglieder werden alle von der britischen Regierung ernannt: Weder das Senedd (walisisches Parlament) noch die dezentrale walisische Regierung haben Aufsichtsbefugnisse über den walisischsprachigen Sender.⁴

Die Royal Charter der BBC, die als Verfassung der BBC dient, besagt, dass die BBC „in allen Angelegenheiten unabhängig sein muss (...) insbesondere in Bezug auf redaktionelle und kreative Entscheidungen“ (Secretary of State for Culture, Media and Sport 2016: 4). In Wirklichkeit war die BBC schon immer dem Einfluss des Staates und der Politik unterworfen, vor allem durch die Befugnisse der Regierung, die Bedingungen der Royal Charter festzulegen, die Höhe der öffentlichen Finanzierung zu bestimmen und wichtige Persönlichkeiten in den BBC-Vorstand zu berufen (Mills 2020).

Die konservative Regierung von 2019 bis 2024 führte kontinuierlich eine Kampagne gegen die BBC durch, indem sie Ernennungen und Finanzierungen politisierte. Im Jahr 2021 ernannte sie Richard Sharp, einen Großspender der konservativen Partei und Direktor eines rechtsgerichteten Thinktanks, zum Vorsitzenden der BBC. Dies folgte auf einen langwierigen „Luftkrieg“, in dem Regierungsvertreter:innen ultrakonservative Kandidat:innen dazu aufforderten, die vermeintliche linke Ausrichtung der BBC einzudämmen (Chivers 2021). Eine anonyme Quelle der BBC betonte die Bedeutung des Vorsitzenden als Kanal für undurchsichtige Einflussnahmen der Regierung und sagte über Sharp: „Was auch immer man von Bankern halten mag, er ist sehr kundenfreundlich, und unser größter Kunde ist die Regierung“ (zitiert nach The Guardian 2021). Sharp trat im April 2023 als Vorsitzender der BBC zurück, nachdem ein Bericht finanzielle Interessenkonflikte mit dem ehemaligen Premierminister Boris Johnson aufgedeckt hatte, der ihn in dieses Amt berufen hatte (BBC News 2023).

Die Regierung ernannte außerdem Robbie Gibb – einen ehemaligen Spin-Doctor der konservativen Premierministerin Theresa May – zum nicht-geschäftsführenden Direktor der BBC. Nicht-geschäftsführende Direktor:innen haben nur eine beratende Funktion, aber Gibb wurde wiederholt vorgeworfen, sich in die Berichterstattung der BBC einzumischen. Ein ehemaliger BBC-Nachrichtenchef beschrieb Gibb als „aktiven Agenten der Konservativen Partei“, der kritische Berichterstattung über die konservative Regierung zensiert habe (The Guardian 2022a). Gibb soll auch an den Bemühungen der BBC beteiligt gewesen sein, ihre Nachrichten- und Dramaberichterstattung zu ändern, um die aufständische rechte Partei Reform UK zu beschwichtigen, deren führende Persönlichkeiten (einschließlich ihres Vorsitzenden Nigel Farage) versprochen haben, die Fernsehgebühren abzuschaffen (Byline Times 2025).

Im Jahr 2022 kündigte die konservative Kulturministerin Nadine Dorries eine zweijährige Einfrierung der Fernsehgebühren an, was bis 2027 zu einem voraussichtlichen Verlust von 2,2 Milliarden Pfund (2,52 Milliarden Euro) an Einnahmen für die BBC führen würde. Dorries behauptete, diese Vereinbarung über die Fernsehgebühren sei „die letzte“, was offenbar die Pläne der Regierung bestätigt, die öf-

³ Analyse der Branchendaten von Ofcom durch den Autor.

⁴ Im Jahr 2023 untersuchte ein unabhängiges Expertengremium im Auftrag der walisischen Regierung Methoden zur Übertragung von Rundfunkbefugnissen an Wales. Im Jahr 2025 lehnte die walisische Regierung jedoch die Umsetzung der Empfehlungen ab.

fentliche Finanzierung der BBC mittels Fernsehgebühren zu beenden (The Guardian 2022b). Im Jahr 2024 mischte sich die Regierung durch die Halbzeitüberprüfung der Royal Charter der BBC, einem neuen Mechanismus für politische Einflussnahme, der durch die Charta von 2016 eingeführt wurde, weiter in die angeblich unabhängige redaktionelle Entscheidungsfindung der BBC ein (Department for Culture, Media and Sport 2024). Später im Jahr 2024 kündigte die Regierung eine offizielle Überprüfung der BBC-Finanzierung an, an der ein „Expertengremium“ aus Vertreter:innen der kommerziellen Medien und lautstarken Gegner:innen der Fernsehgebühren beteiligt war (Gov.uk 2024).

Die Diskussionen dieses Gremiums wurden nie veröffentlicht. Und obwohl das Gremium von der neu gewählten Labour-Regierung wieder abgeschafft wurde, verdeutlichte diese Maßnahme die undemokratische, unverantwortliche und sporadische Herangehensweise des Vereinigten Königreichs an die Politikgestaltung im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Media Reform Coalition 2024a). Die Regierungen greifen nach Belieben direkt in die Unabhängigkeit und Führung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein, während das Parlament keine Möglichkeit hat, Ernennungen und Finanzierungsentscheidungen anzufechten. Die britische Öffentlichkeit ist machtloser Zuschauer in der undurchsichtigen Welt der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und politischen Drohungen, die das Verhältnis zwischen der Regierung und der BBC prägen. Die Rolle und Bedeutung der Öffentlichkeit in den öffentlich-rechtlichen Medien wird von den Politiker:innen entweder bequem ignoriert oder durch Strohmannen vertreten.

Wettbewerb und Digitalisierung – von Weltmarktführern zu Juniorpartnern

Die demokratische Kluft zwischen der britischen Öffentlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wird durch die abnehmende Nutzung und Relevanz von Rundfunkformaten für die Art und Weise, wie das Publikum Medieninhalte findet und darauf zugreift, noch deutlicher.

Im Jahr 2018 machten Rundfunkinhalte (einschließlich Livefernsehen und aufgezeichneter oder On-Demand-Wiedergaben) 71 Prozent der Sehdauer des britischen Publikums aus. Bis 2024 war dieser Anteil auf 56 Prozent gesunken, während die Nutzung von Streaming-Video-on-Demand-Diensten (SVoDs, z. B. Netflix oder Amazon Prime) und Video-Sharing-Plattformen (z. B. YouTube) im gleichen Zeitraum fast um das Doppelte gestiegen war.⁵ Ungefähr 70 Prozent der britischen Haushalte haben mindestens ein SVoD-Abonnement, wobei Netflix, Amazon Prime und Disney+ drei Viertel dieser Abonnements in Großbritannien ausmachen (Media Reform Coalition 2025).

Während die BBC und ITV nach wie vor die meistgesehenen Livefernsehsender sind, sind YouTube und Netflix

mittlerweile die am zweit- und vierthäufigsten genutzten audiovisuellen Dienste des britischen Publikums (Ofcom 2025a: 23). Diese Trends sind bei jüngeren Zuschauer:innen noch ausgeprägter: Die unter 35-Jährigen verbringen mehr Zeit mit dem Anschauen von SVoD- und Video-Sharing-Inhalten als mit dem Fernsehen, und die Fernsehsender der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werden von Netflix und YouTube als erste Wahl der jüngeren Zuschauer:innen für audiovisuelle Inhalte weit übertroffen (Ofcom 2025b: 18–19). Für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Vereinigten Königreich stellt das eine äußerst prekäre Situation dar. Ihr Kernpublikum für öffentliche Dienstleistungen im Fernsehen und Radio besteht aus einer schrumpfenden, älteren Bevölkerungsgruppe, während jüngere Zuschauer:innen – von denen die zukünftige Nutzung, Finanzierung und politische Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abhängt – überwiegend soziale Medien, Videoportale und SVoD-Dienste nutzen, was bedeutet, dass sie weitaus weniger wahrscheinlich eine Verbindung zu den Inhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Vereinigten Königreich aufbauen (Ofcom 2025b: 17).

Die britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Ofcom und die verschiedenen Regierungen haben außerordentlich langsam auf das beschleunigte Wachstum der Online-Medien-Technologien reagiert. In den 2000er Jahren führten die britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die „digitale Umstellung“ im Fernsehbereich an, während Channel 4 und die BBC mit 4oD im Jahr 2006 und BBC iPlayer im Jahr 2007 Pioniere im Bereich Video-on-Demand-Dienste waren. Reed Hastings, Mitbegründer von Netflix, hat der BBC sogar zugeschrieben, den Weg für SVoD als Zukunft des Fernsehens „geebnet“ zu haben.

In letzter Zeit haben sich die britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten jedoch nur mehr passiv an der Entwicklung von sozialen Netzwerken, Video-Sharing und algorithmischen Inhaltsempfehlungen beteiligt und haben Schwierigkeiten, einen eindeutigen öffentlichen Mehrwert auf gewinnorientierten digitalen Plattformen zu artikulieren. Auf Plattformen wie X/Twitter und Instagram müssen Versuche, öffentlich-rechtliche Nachrichten als unabhängig und vertrauenswürdig zu positionieren, mit einem hohen Maß an Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber „Mainstream“-Nachrichten Anbietern kämpfen, was durch öffentliche Interventionen von Plattformbesitzern wie Elon Musk oft noch verstärkt wird.

Der wohl größte Misserfolg der britischen öffentlich-rechtlichen Medien in den vergangenen zehn Jahren bestand im Fehlen jeglicher Versuche, öffentliche Alternativen zu den Monopolen der Big Tech zu schaffen. Durch die Entwicklung von Social-Media- oder Video-Sharing-Plattformen als öffentliche Dienste hätten die britischen öffentlich-rechtlichen Medien digitale Medieninstitutionen etablieren können, die ausschließlich im öffentlichen Interesse agieren, statt das Feld gewinnorientierten Unternehmen zu überlassen, die auf der Ausbeutung von Nutzerda-

⁵ Zuschauerstatistiken aus den Berichten „Ofcom Media Nations“ von 2018 (S. 21) und 2025 (S. 18).

ten und der Verschärfung politischer Polarisierung basieren (Jay 2024).

Stattdessen haben schrumpfende Budgets und sinkende Fernsehzuschauerzahlen die britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dazu gezwungen, Juniorpartner der dominierenden globalen Medienunternehmen zu werden. Zunehmend sind sie auf die größten Streaming- oder sozialen Plattformen angewiesen, um sicherzustellen, dass ihre Inhalte ein breites Publikum erreichen, oder um PSM-Inhalte gemeinsam zu produzieren und zu finanzieren (Ofcom 2025b: 25). Das hat nicht nur zu einem allmählichen Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geführt, sondern auch dazu, dass das Publikum nicht mehr erkennt, wann eine erfolgreiche oder einflussreiche Sendung ursprünglich von einer britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt produziert wurde (JIGSAW/Ofcom 2020: 39).

Das Mediengesetz 2024: Mehr Anreize, weniger Sanktionen

Seit Mitte der 2010er Jahre ist klar, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ernsthaft in ihrer Fähigkeit, ihren öffentlichen Nutzen aufrechtzuerhalten, bedroht sind, wenn der politische Rahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vereinigten Königreich nicht radikal überarbeitet wird.⁶ Im Juli 2019 teilte Ofcom der Regierung mit, dass neue Gesetze erforderlich seien, um die Nachhaltigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu unterstützen, insbesondere durch die Ausweitung des Prominenzrahmens – Vorschriften, die sicherstellen, dass die Dienste der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den elektronischen Programmführern, die zur Navigation und zum Zugriff auf Fernsehkanäle verwendet werden, prominent angezeigt werden –, damit „intelligente“ Fernseher, Streaming-Sticks und andere immer beliebter werdende digitale Geräte in das System einbezogen werden (Ofcom 2019).

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten begrüßten diese Vorschläge zur Stärkung ihrer Sichtbarkeit für das Publikum in den digitalen Medien und forderten die Politiker:innen auf, schnell zu handeln. Doch erst Mitte 2022 veröffentlichte die Regierung schließlich ein „Weißbuch“, in dem sie ihre Pläne zur Reform der Gesetzgebung für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten darlegte (Department for Digital, Culture, Media & Sport 2022). In diesem Papier wurden auch umfassende Deregulierungen des gesamten PSM-Rahmens vorgeschlagen. Der im Communications Act von 2003 (siehe oben) definierte Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien sollte umfassend überarbeitet werden, wobei die Regierung ohne Beweise behauptete, dass die ursprüngliche Liste der Genres und Ziele „veraltet“ und „sich überschneidend“ sei (Media Reform Coalition 2023).

Das Weißbuch schlug auch die Privatisierung von Channel 4 vor, wobei der Verkauf dem britischen Finanzministerium schätzungsweise rund 1 Milliarde Pfund (1,14 Milliarden Euro) einbringen würde – obwohl Branchenanalysen darauf hindeuteten, dass dies auch einen Verlust von 2 Milliarden Pfund (2,29 Milliarden Euro) an wirtschaftlichem Wert durch die Beendigung der PSM-Verpflichtungen von Channel 4 nach sich ziehen würde (Ampere Analysis 2022). Die Privatisierung wurde von der Rundfunkbranche, zivilgesellschaftlichen Gruppen, vielen Politiker:innen und der breiten Öffentlichkeit einhellig abgelehnt. Doch die Regierung suchte weiterhin nach potenziellen Käufer:innen, bis sie den Verkauf Anfang 2023 letztlich aufgab.

Als der Mediengesetzentwurf schließlich im Juni 2023 im Parlament eingebracht wurde, hatten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fast fünf Jahre lang auf eine stärkere Präsenz auf digitalen Plattformen gewartet. Außerdem wurde ihnen die verlockende Aussicht auf eine Verringerung der Bandbreite an Genres und Zielen in Aussicht gestellt, die Ofcom von ihnen verlangen würde. In der Praxis bedeutet dies, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mehr „Zuckerbrot“ in Form erweiterter regulatorischer Vorteile erhalten würden, während sie gleichzeitig weniger „Peitsche“ von Ofcom zu spüren bekämen, sodass sie ihre Investitionen in öffentlich-rechtliche Inhalte weiter zurückfahren könnten. Obwohl das Citizens’ Forum for PSM, eine kleine Koalition der Zivilgesellschaft, bei Abgeordneten und Minister:innen Lobbyarbeit betrieb, um die Einschränkung des PSM-Auftrags rückgängig zu machen, setzten sich auch die Rundfunkanstalten dafür ein, dass der Gesetzentwurf ohne Verzögerung verabschiedet wurde. Der für die Förderung des Gesetzentwurfs zuständige Minister lehnte es sogar ab, öffentliche Stellungnahmen oder Expertengutachten zur Information des Parlaments anzunehmen.

Somit stellt das Mediengesetz 2024, das im Juli 2024 buchstäblich wenige Stunden vor der Auflösung des Parlaments für die Parlamentswahlen verabschiedet wurde, eine völlige Umkehrung der traditionellen Begründung für öffentlich-rechtliche Medien dar. Anstatt klare Grundsätze und wertvolle Vorteile festzulegen, die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten den britischen Bürger:innen bieten sollten, legt die britische Gesetzgebung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk nun den Schwerpunkt auf den Schutz der Rentabilität und Marktposition willkürlich benannter Rundfunkunternehmen, die noch weniger Anforderungen für die Bereitstellung öffentlich-rechtlicher Rundfunkdienste für das britische Publikum erfüllen müssen.

Die Überprüfung der Königlichen Charta der BBC: Wer entscheidet über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?

Bis Dezember 2027 muss die britische Regierung die Königliche Charta der BBC erneuern. Während der jüngsten

⁶ Diese wachsende existenzielle Krise wurde im FES-Briefing 2020 zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vereinigten Königreich ausführlich beschrieben (siehe Freedman 2020).

Überprüfung der Charta in den Jahren 2015 bis 2016 stießen die Debatten über die Zukunft der BBC auf großes öffentliches Interesse, doch der politische Entscheidungsprozess der damaligen konservativen Regierung war zutiefst undemokratisch und stark politisiert. Viele erwarteten, dass die derzeitige Labour-Regierung kooperativer mit der BBC umgehen würde. Doch die Beziehungen zwischen der neuen Regierung und der BBC haben sich schnell abgekühlt. Untersuchungen zur Berichterstattung der BBC über den Krieg im Gazastreifen haben eine systematische Benachteiligung palästinensischer Positionen aufgezeigt. Doch die Kulturministerin der Labour-Partei, Lisa Nandy, hat ihren Zorn auf widerlegte Vorwürfe einer antiisraelischen Berichterstattung konzentriert (Centre for Media Monitoring 2025). Nandy hat auch eine bewusst vage Haltung zur künftigen Finanzierung der BBC eingenommen, indem sie eine allgemeine Besteuerung ausschloss und gleichzeitig mit „zweistufigen“ Modellen liebäugelte, wie der Einführung von Werbung oder Abonnements bei gleichzeitig reduzierter öffentlicher Finanzierung (The Times 2025).

Neben den dringenden Herausforderungen, denen sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der neuen Medienlandschaft gegenübersehen, könnte die bevorstehende Überprüfung der Charta zu einem Brennpunkt für viele hartnäckige Krisen in der britischen Gesellschaft werden, wie zum Beispiel den Vertrauensverlust in

öffentliche Institutionen und die Fragmentierung der sozialen und politischen Kommunikation, die nicht zuletzt durch oligarchisch dominierte Medien und Technologieplattformen vorangetrieben wird. Genau diese Art von Krisen sollte ein vertrauenswürdiges, robustes und demokratisches öffentlich-rechtliches Rundfunkwesen helfen zu lösen. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Vereinigten Königreich – und insbesondere der BBC – fehlen jedoch die Mittel oder die Motivation, diesen wesentlichen Zweck zu erfüllen.

Die Bewältigung dieser existenziellen Fragen muss daher mit einer Demokratisierung der öffentlich-rechtlichen Medien selbst einhergehen, beginnend mit einer Neuorganisation des bevorstehenden Überprüfungsprozesses der Charta als ein gutes Beispiel für die direkte öffentliche Beteiligung an der Politikgestaltung im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Auch die Führung und die Arbeitsweise der BBC sollten demokratisiert werden, um der allgegenwärtigen staatlichen und politischen Einmischung, die die grundlegende Unabhängigkeit der BBC untergraben hat, ein für alle Mal ein Ende zu setzen. Die Umwandlung der BBC in eine genossenschaftliche Organisation – die sich im Besitz der britischen Öffentlichkeit als „Mitglied“ befindet und von dieser kontrolliert wird und die sich aktiv und direkt an der Führung der BBC beteiligt – wäre eine radikale, aber wirksame Reform, um dies zu erreichen (Hind et al. 2025).

Update

November 2025 – Versagen der BBC öffnet Tür für politischen Coup

Die Begriffe „BBC“ und „Skandal“ sind selten weit voneinander entfernt. Während der endgültige Text für diese Analyse vorbereitet wurde, wurde die BBC von einer weiteren großen Krise auf höchster Management- und Führungsebene erschüttert. Ein interner BBC-Bericht über redaktionelle Versäumnisse wurde geleakt, in dem unter anderem ein prominenter Fall von schlampig bearbeiteten Aufnahmen der Rede Donald Trumps vor den Unruhen im Kapitol am 6. Januar 2021 detailliert beschrieben wurde.

Während die BBC-Führung mit ihrer Reaktion ins Straucheln geriet, starteten die vehement gegen die BBC eingestellten Zeitungen des Vereinigten Königreichs eine heftige Kampagne, um die BBC anzugreifen und ihre vermeintliche institutionelle Voreingenommenheit anzuprangern. Der Druck war groß genug, um sowohl den Nachrichtenchef als auch den Generaldirektor der BBC, Tim Davie, zum Rücktritt zu zwingen. Ersten Berichten zufolge spielte Robbie Gibb, das von den Konservativen ernannte BBC-Vorstandsmitglied, eine Schlüsselrolle bei der Organisation eines beispiellosen Putsches des BBC-Vorstands gegen diese beiden wichtigen Persönlichkeiten (The Guardian 2025b).

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels könnte diese Affäre bereits verpufft sein oder sich zu einer

noch größeren Krise für die BBC ausgeweitet haben. Die unmittelbaren Reaktionen zeigen jedoch, wie sich die Fronten für die bevorstehenden Debatten über die künftige Königliche Charta der BBC abzeichnen. Beide Seiten haben diese Ereignisse zum Anlass genommen, die BBC als nicht repräsentativ und institutionell unregierbar zu verurteilen. Während die eine Fraktion die unerschütterliche linke und großstädtische Ausrichtung der BBC-Kultur anprangert, macht die andere die übermäßige Rolle politischer Einmischung und unternehmerischer Selbsterhaltung dafür verantwortlich, wie die BBC mit großen öffentlichen Skandalen umgeht und diese zu lösen versucht.

Vor allem aber ist der Skandal ein weiteres Beispiel dafür, dass wichtige Debatten über die BBC – ob es sich nun um demütigende Skandale oder technokratische Entscheidungsprozesse handelt – ausschließlich als Konflikte zwischen verschiedenen Teilen der fest verwurzelten politischen und medialen Elite Großbritanniens ausgetragen werden. Während rivalisierende Politiker:innen, Persönlichkeiten der Rundfunkbranche und große Medienkonzerne darüber streiten, welche Vision der BBC ihrer Meinung nach „die Öffentlichkeit“ am meisten wünscht, bleibt die britische Öffentlichkeit selbst ein passiver und machtloser Zuschauer.

Fazit: Demokratisierung oder Untergang

Nach Jahrzehnten der Kürzungen, politischen Angriffe und Deregulierung steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Vereinigten Königreich am Abgrund. Kleinteilige Reformversuche, die darauf abzielen, den Status quo des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu „bewahren“, werden weder dessen Zukunft sichern noch die demokratische Kluft zwischen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den Bürger:innen, denen sie dienen sollen, beseitigen. Befürworter:innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der ganzen Welt können auf viele internationale Beispiele zurückgreifen, um die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer fragmentierten, polarisierten und konzentrierten globalen Medienlandschaft zu stärken. Die dänische Kultursteuern auf Streaming-Dienste könnte den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine Chance bieten, den finanziellen Aderlass bei inländischen Inhalten zu bekämpfen. Die Verteidiger:innen der BBC betrachten diese Form des Rundfunkbeitrags mit großem Interesse als mögliche Alternative zur äußerst unpopulären Fernsehgebühr. Die Dezentralisierung des Rundfunks (wie im Baskenland

und in Flandern) oder sogar die Föderalisierung (wie in Deutschland) bieten ebenfalls eine Möglichkeit, die Entscheidungsmacht darüber, wer öffentliche Medien produziert, finanziert und regelt, auf mehrere Ebenen zu verteilen.

Aber selbst mit diesem Arsenal an fortschrittlichen Lösungen stellt sich die Frage, ob die bevorstehenden Debatten die Öffentlichkeit in die Lage versetzen werden, ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren. Welche Mechanismen werden es ermöglichen, dass diese Forderungen Einfluss auf die zukünftige Stellung und den Zweck des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nehmen? Oder werden diese Prozesse von den üblichen Verdächtigen und Interessengruppen vereinnahmt werden? Wenn die britische Öffentlichkeit weiterhin keine aktive oder direkte Rolle dabei spielt, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in ihrem Namen organisiert wird, dann werden die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Vereinigten Königreich ihre öffentliche Legitimität verlieren, die sie benötigen, um ihren grundlegenden Zweck als unabhängige, universelle und vertrauenswürdige Organisationen für das öffentliche Wohl aufrechtzuerhalten.

Literaturverzeichnis

Ampere Analysis (2022): Channel 4 Privatisation: A Potential Disaster for the UK Independent TV Sector?, <https://www.ampereanalysis.com/insight/channel-4-privatisation-a-potential-disaster-for-the-uk-independent-tv-sector> (26.11.2025).

BBC News (2023): Richard Sharp: BBC Chairman Resigns Over Report into Appointment, 28.4.2023, <https://www.bbc.com/news/uk-65323077> (26.11.2025).

Byline Times (2025): BBC Bosses Draw Up Plans to Win Over Reform Voters by Changing News and Drama Output, 9.6.2025, <https://bylinetimes.com/2025/06/09/bbc-news-tim-davie-robbie-gibb-reform-voters-nigel-farage-trust/> (26.11.2025).

Centre for Media Monitoring (2025): BBC on Gaza-Israel: One Story, Double Standards, <https://cfmm.org.uk/bbc-on-gaza-israel-one-story-double-standards/> (26.11.2025).

Chivers, T. (2021): The Cosy Politics of the BBC Chair, in: Tribune Magazine, 16.1.2021, <https://tribunemag.co.uk/2021/01/the-cosy-politics-of-the-bbc-chair> (26.11.2025).

Chivers, T.; Allan, S. (2022): What is the Public Value of Public Service Broadcasting? Exploring Challenges and Opportunities in Evolving Media Contexts, Creative Industries Policy & Evidence Centre, <https://pec.ac.uk/wp-content/uploads/2024/01/What-is-the-Public-Value-of-Public-Service-Broadcasting-PEC-Discussion-Paper-Jan-2022.pdf> (26.11.2025).

Curran, J.; Seaton, J. (2025): Power Without Responsibility, London.

David Lloyd (2025): BBC Local Radio Returns for Another Go!, 26.10.2025, <https://www.davidlloydradio.com/post/bbc-local-radio-returns-for-another-go> (26.11.2025).

Department for Culture, Media and Sport (2024): BBC Mid-Term Review 2024, <https://www.gov.uk/government/publications/bbc-mid-term-review-2024> (26.11.2025).

Department for Digital, Culture, Media & Sport (2022): Up Next: The Government's Vision for the Broadcasting Sector, https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1071939/E02740713_CP_671_Broadcasting_White_Paper_Accessible__1_.pdf (26.11.2025).

Freedman, D. (2020): Verlorene Ausstrahlung? Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Großbritannien, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://www.fes.de/medienpolitik/artikelseite/verlorene-ausstrahlung-oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-in-grossbritannien> (26.11.2025).

Gov.uk (2024): Expert Panel Appointed to Advise on the BBC's Future Funding, 21.3.2024, <https://www.gov.uk/government/news/expert-panel-appointed-to-advise-on-the-bbcs-future-funding> (26.11.2025).

House of Commons Public Accounts Committee (2024): The BBC's Implementation of Across the UK, Twenty-Sixth Report of Session 2023–24, <https://committees.parliament.uk/publications/44190/documents/219918/default/> (26.11.2025).

Hind, D.; Mills, T.; Chivers, T. (2025): Our Mutual Friend: The BBC in the Digital Age, <https://www.common-wealth.org/publications/our-mutual-friend-the-bbc-in-the-digital-age> (26.11.2025).

legislation.gov (2003): Communications Act 2003, <https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2003/21/part/3/chapter/4/crossheading/the-public-service-remit-for-television/2003-07-25> (26.11.2025).

Jay, H. (2024): The Possibilities of a „Public Service“ Intervention to Support a Good Digital Society, The British Academy, <https://www.thebritishacademy.ac.uk/documents/5503/Digital-Society-Jay.pdf> (26.11.2025).

JIGSAW/Ofcom (2020): An Exploration of People's Relationship with PSB, with a Particular Focus on the Views of Young People, Qualitative Research Report, <https://www.ofcom.org.uk/siteassets/resources/documents/tv-radio-and-on-demand/broadcast-guidance/psb/psb-2020/attitudes-to-psb---july-2020/an-exploration-of-peoples-relationship-with-psb-with-a-particular-focus-on-the-views-of-young-people?v=325107> (26.11.2025).

Livingstone, S.; Lunt, P.; Miller, L. (2007): Citizens, Consumers and the Citizen-Consumer: Articulating the Citizen Interest in Media and Communications Regulation, in: Discourse & Communication 1(1), S. 63–89, <https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/1750481307071985> (26.11.2025).

Media Reform Coalition (2025): Who Owns the UK Media? Report 2025, <https://www.mediareform.org.uk/wp-content/uploads/2025/05/2025-Who-Owns-The-UK-Media-report.pdf> (26.11.2025).

Media Reform Coalition (2024a): BBC Funding Review: Another Behind-Closed-Doors Attack on Independent Public Media, 23.4.2024, <https://www.mediareform.org.uk/blog/bbc-funding-review-another-behind-closed-doors-attack-on-independent-public-media#intro> (26.11.2025).

Media Reform Coalition (2024b): BBC, Bias and Gaza: A Partial Study of Impartiality, <https://www.mediareform.org.uk/blog/bbc-bias-gaza-asserson-report> (26.11.2025).

Media Reform Coalition (2023): The Media Bill: Policy Briefing, <https://www.mediareform.org.uk/wp-content/uploads/2023/11/MRC-Media-Bill-briefing.pdf> (26.11.2025).

Mills, T. (2020): The BBC: Myth of a Public Service, London.

Ofcom (2025a): Media Nations – UK Report 2025, <https://www.ofcom.org.uk/siteassets/resources/documents/research-and-data/multi-sector/media-nations/2025/media-nations-2025-uk-report.pdf?v=401287> (26.11.2025).

Ofcom (2025b): Transmission Critical: The Future of Public Service Media, <https://www.ofcom.org.uk/siteassets/resources/documents/public-service-broadcasting/public-service-media-review/transmission-critical-the-future-of-public-service-media.pdf?v=400631> (26.11.2025).

Ofcom (2019): Review of Prominence for Public Service Broadcasting, <https://www.ofcom.org.uk/tv-radio-and-on-demand/public-service-broadcasting/epg-code-prominence-regime> (26.11.2025).

Ofcom (2018): Public Service Broadcasting in the Digital Age: Supporting PSB for the Next Decade and Beyond, <https://www.ofcom.org.uk/siteassets/resources/documents/tv-radio-and-on-demand/broadcast-guidance/psb/public-service-broadcasting-in-the-digital-age.pdf?v=323039> (26.11.2025).

Secretary of State for Culture, Media and Sport (2016): BROADCASTING: Copy of Royal Charter for the Continuance of the British Broadcasting Corporation, Cm 9365, https://downloads.bbc.co.uk/bbctrust/assets/files/pdf/about/how_we_govern/2016/charter.pdf (26.11.2025).

The Guardian (2025a): BBC to Look at Overhauling Licence Fee as 300.000 more Households Stop Paying, 15.7.2025, <https://support.theguardian.com/eu/guardian-ad-lite?returnAddress=https%3A%2F%2Fwww.theguardian.com%2Fmedia%2F2025%2Fjul%2F15%2Fbbc-look-overhauling-licence-fee-300000-more-households-stop-paying> (26.11.2025).

The Guardian (2025b): BBC Board Member with Tory Links „Led Charge“ in Systemic Bias Claims, Say Insiders, <https://www.theguardian.com/media/2025/nov/10/bbc-board-member-tory-links-led-charge-systemic-bias-claims> (25.11.2026).

The Guardian (2024): The TV Licence Fee Scandal: Why Are 1.000 People a Week Being Casually Criminalised?, 29.2.2024, <https://www.theguardian.com/media/2024/feb/29/tv-licence-fee-scandal-1000-people-week-casually-criminalised> (26.11.2025).

The Guardian (2022a): Emily Maitlis Says „Active Tory Party Agent“ Ahaing BBC News Output, 24.8.2022, <https://www.theguardian.com/media/2022/aug/24/emily-maitlis-says-active-tory-party-agent-shaping-bbc-news-output> (26.11.2025).

The Guardian (2022b): BBC Funding „up for Discussion“, Says Nadine Dorries, as Licence Fee Frozen, 17.1.2022, <https://www.theguardian.com/media/2022/jan/17/no-final-decision-made-on-bbc-licence-fee-says-nadine-dorries> (26.11.2025).

The Guardian (2021): Richard Sharp: BBC Chair May be a Tory Donor But It Could Be far Worse, 7.1.2021, <https://www.theguardian.com/media/2021/jan/07/richard-sharp-bbc-chair-may-be-a-tory-donor-but-it-could-be-far-worse> (26.11.2025).

The Guardian (2011): Ofcom „Could Not Stop ITV and Channel 5 Cutting PSB Programming“, 2.9.2011, <https://www.theguardian.com/media/2011/sep/02/ofcom-itv-channel-5> (26.11.2025).

The Times (Paywall) (2025): Lisa Nandy: Replace BBC Licence Fee with Mix of Funding, <https://www.thetimes.com/uk/politics/article/lisa-nandy-bbc-mixed-funding-model-nlcl72xlf> (26.11.2025).

Voice of the Listener and Viewer (2024): 38% Cut in BBC Public Funding: VLV Analysis, <https://vlv.org.uk/news/bbc-public-funding-analysis/> (26.11.2025).

Der Autor

Dr. Tom Chivers ist Wissenschaftler im Bereich Medienpolitik an der Goldsmiths, University of London. Er hat zahlreiche Beiträge über die Krisen und Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien verfasst, darunter eine internationale Studie über Rundfunk-Governance und Lobbyarbeit im britischen Parlament zur Reform der PSM-Gesetzgebung. Er ist Kampagnenkoordinator der Media Reform Coalition und Autor des „Media Manifesto 2024“ und „Who Owns The UK Media“?

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Kontakt

Dr. Johannes Crückeberg
Johannes.Crueckeberg@fes.de

Bildnachweis

Titelillustration: Till Lukat

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Januar 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
[↗ www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

